

chemie report

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

10/2019 ► **3 Editorial** Den Wandel der Branche aktiv gestalten ► **5–11 Von Lebens-Raum bis Zukunfts-Camp** Berichte von der VCI-Mitgliederversammlung 2019 ► **10 Führungswechsel** Wolfgang Große Entrup ist neuer VCI-Hauptgeschäftsführer ► **12 Klimaschutzpaket** Die Richtung stimmt, Herausforderungen bleiben ► **13 5G** Campusnetze könnten teuer werden ► **18 Moderne Landwirtschaft** VCI-Dialogreihe gestartet ► **20 Titandioxid** Folgeschwere Entscheidung der EU-Kommission ► **25 Mittelstandsstrategie** Guter Ansatz für Mittelstandspolitik

Studie von DECHEMA und FutureCamp für den VCI

Treibhausgasneutralität in der Chemie ist technologisch möglich

Die deutsche chemische Industrie kann ihren Ausstoß von Treibhausgasen mithilfe neuer Produktionstechnologien bis zur Mitte des Jahrhunderts fast vollständig reduzieren. Das ist das Ergebnis einer VCI-Studie, die die Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie und das Beratungsunternehmen FutureCamp erstellt haben. Ende September wurden erste Studienergebnisse auf der VCI-Mitgliederversammlung 2019 diskutiert. Anfang Oktober wurde die Langfassung der Studie auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt.

Die neue Studie untersucht die Voraussetzungen, die nötig sind, damit die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland bis 2050 treibhausgasneutral werden kann: Neben der Entwicklung neuer Verfahren, vor allem in der Basischemie, sind dazu ein dauerhaft niedriger Industriestrompreis sowie erhebliche Mengen emissionsfreien Stroms aus erneuerbaren Quellen notwendig. Die Studie ist das Ergebnis einer langen und intensiven Beschäftigung der Branche mit dem Thema Klimaschutz. Schon im vergangenen Jahr hatte der VCI eine Metastudie erstellen lassen, die



Die deutsche Chemie bekennt sich zur gesellschaftlichen Aufgabe, Treibhausgasneutralität zu erreichen. Die Branche will diesen Weg bis 2050 erfolgreich beschreiten.

untersuchte, welche Implikationen sich aus dem deutschen langfristigen Klimaschutzziel bis zum Jahr 2050 für die Branche ergeben.

Der neue VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup sagte bei der Vorstellung der neuen Studie vor Journalisten in Berlin: „Die deutsche Chemie bekennt sich zur gesellschaftlichen Aufgabe Treibhausgasneutralität. Wir wollen diesen Weg bis 2050 erfolgreich beschreiten. Dabei wollen wir als deutsche Branche die Speerspitze der technologischen Transformation der globalen Chemieindustrie bilden.“ Um die Unternehmen bei diesem Prozess zu unterstützen, plant der VCI die Etablierung einer neuen Plattform, die die Expertise aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammenführen und die gesamte Wertschöpfungskette vom Produzenten bis hin zum Endkonsumenten sowie Politik und Gesellschaft einbeziehen soll.

Klaus Schäfer, Vorsitzender des VCI-Ausschusses Energie, Klimaschutz und Rohstoffe, stellte die Inhalte der VCI-Studie vor. Wie der Vorstand von Covestro erläuterte, sind die erforderlichen CO₂-freien Verfahren zur Herstellung von Basischemikalien heute prinzipiell bekannt, sie müssten aber für die großtechnische Verwendung noch weiterentwickelt und marktreif gemacht werden. Ihr Einsatz sei ab Mitte der 2030er-Jahre denkbar. Schäfer sagte: „2050 ist eine weitgehend treibhausgasneutrale Chemieproduktion in Deutschland technologisch vorstellbar. Dafür müssen aber alle Voraussetzungen stimmen: Unternehmen können die Transformation hin zu null Emissionen nur vorantreiben, wenn sie in jeder Phase wettbewerbsfähig bleiben und über große Mengen erneuerbaren Stroms zu niedrigen Kosten verfügen können.“

DREI ENTWICKLUNGSPFADE ANALYSIERT

Die Studie mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ beschreibt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte anhand von drei unterschiedlichen Szenarien:

In einem Referenzpfad würde die deutsche Chemie weiterhin mit den heutigen Technologien produzieren, ihre Effizienz aber durch kontinuierliche Investitionen weiter erhöhen. Damit kann sie bis 2050 eine Treibhausgasreduzierung von 27 Prozent bezogen auf das Niveau von 2020 erreichen.

Im zweiten untersuchten Technologiepfad sind 61 Prozent Minderung möglich, wenn die Unternehmen zusätzlich stark in neue Prozesstechnologien der Basischemie investieren. Allerdings geht mit diesem Ambitionsniveau bereits ein sehr hoher Bedarf an erneuerbarem Strom von 224 Terawattstunden pro Jahr einher, was der Gesamtstrommenge Deutschlands aus erneuerbaren Energien 2018 entspricht. Das zusätzliche Investitionsvolumen in neue Anlagen liegt bei rund 15 Milliarden Euro.

Noch weiter gehende Maßnahmen beschreibt der dritte Pfad „Treibhausgasneutralität“, der die Lücke zur vollständigen CO₂-Minderung schließt: Danach würden neue Prozesstechnologien von den Unternehmen schon dann eingeführt, wenn sie eine CO₂-Ersparnis

ROADMAP CHEMIE 2050

Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland



Eine Studie von DECHEMA und FutureCamp für den VCI.

DECHEMA

FutureCamp

Die Studie zur Treibhausgasneutralität der chemischen Industrie bis 2050 ist als Kurz- und Langfassung verfügbar. Die verschiedenen Versionen und weitere Informationen gibt es auf der VCI-Website zum Download. Direktlink: bit.ly/VCI-Roadmap



Sie stellten Anfang Oktober in Berlin die Roadmap zur Treibhausgasneutralität der Branche vor (v.l.n.r.): Wolfgang Große Entrup (VCI), Klaus Schäfer (Covestro), Prof. Kurt Wagemann (DECHEMA) und Roland Geres (FutureCamp).



CO₂ statt Erdöl nutzen – Blick in eine deutsche Chemieanlage, die Kohlenstoffdioxid als Rohstoff für die Herstellung von Kunststoffen verwendet.

STANDPUNKT

Den Wandel der Branche aktiv gestalten

Die chemisch-pharmazeutische Industrie agiert in einem herausfordernden Umfeld. Die Digitalisierung und Globalisierung sind nur zwei Beispiele, die tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik mit sich bringen. Aber auch das Bewusstsein der Bürger für die Auswirkungen des Klimawandels hat zugenommen. Die Erwartungen an die Industrie, nachhaltig zu wirtschaften, nehmen stetig zu. Unsere Unternehmen sehen diesen Wandel als Chance, ihre Zukunft im Einklang mit der Gesellschaft und den Anforderungen der Kunden erfolgreich zu gestalten. Die Branche ist dafür gut positioniert.

„Chemie ist Zukunft“ – dafür stehen wir als chemische Industrie. Mit innovativen Produkten und hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung tragen die Unternehmen dazu bei. Drei Studien, die der VCI jetzt in Auftrag gegeben hat, sollen darüber Aufschluss geben, wie die Branche dieses Versprechen gegenüber der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten einlösen kann. Die Ergebnisse sollen mit dazu beitragen, die Zukunftsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie am Standort Deutschland zu sichern.

Die erste Studie analysiert die Erwartungen der Abnehmerbranchen an die Chemie. Die zweite untersucht

„Wege in die Zukunft – Weichenstellung für eine nachhaltige Entwicklung“. Die dritte Studie ist vor dem Hintergrund der Klimaschutzdiskussion von besonderer Bedeutung. Sie zeigt auf, mit welchen Technologien, Investitionen und energiepolitischen Voraussetzungen die chemische Industrie bis 2050 klimaneutral werden kann. Mit diesem Wissen wird sich der VCI fundiert in die politische Diskussion um das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung einbringen.

Die Haltung unserer Branche zum Ziel Treibhausgasneutralität ist eindeutig: Wir nehmen die Herausforderung einer klimaneutralen Produktion an und wollen hier die weltweite Technologieführerschaft erreichen. Wenn die Politik den Transformationsprozess mit den richtigen Rahmenbedingungen unterstützt – vor allem durch wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie und eine verlässlichere Umsetzung der Energiewende –, können wir zeigen, dass es möglich ist, den Klimawandel aktiv zu gestalten und zugleich die globale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu erhalten.

Ein klares Bekenntnis zur Industrie und eine zukunftsgerichtete industriepolitische Strategie für Deutschland und Europa sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dieses Ziel zu erreichen.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

erbringen, selbst wenn sie noch nicht wirtschaftlich sind. Alleine für die Herstellung der sechs in der Studie untersuchten Grundchemikalien müssten die Unternehmen von 2020 bis 2050 rund 45 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Der Strombedarf würde ab Mitte der 2030er-Jahre zudem noch einmal rasant ansteigen und mit 628 Terawattstunden etwa das Niveau der gesamten heutigen Stromproduktion in Deutschland erreichen.

NOTWENDIGE RAHMENBEDINGUNGEN

Für Klaus Schäfer zeigen die Ergebnisse der Studie, dass eine treibhausgasneutrale Chemie ohne günstige Rahmenbedingungen schwierig umzusetzen ist. Er sagte: „Je ambitionierter die deutsche Chemie das Ziel Treibhausgasneutralität verfolgt, umso stärker steigen die damit verbundenen Kosten und der Strombedarf. Die Politik steht vor der Aufgabe, neue Technologien in allen Phasen von der Entwicklung bis zur Markteinführung zu begleiten. Sie muss zudem die chemische Industrie am Standort Deutschland international wettbewerbsfähig erhalten.“ Dies kann laut Schäfer entweder über ein globales Klimaschutzabkommen oder durch staatliche Unterstützung geschehen.



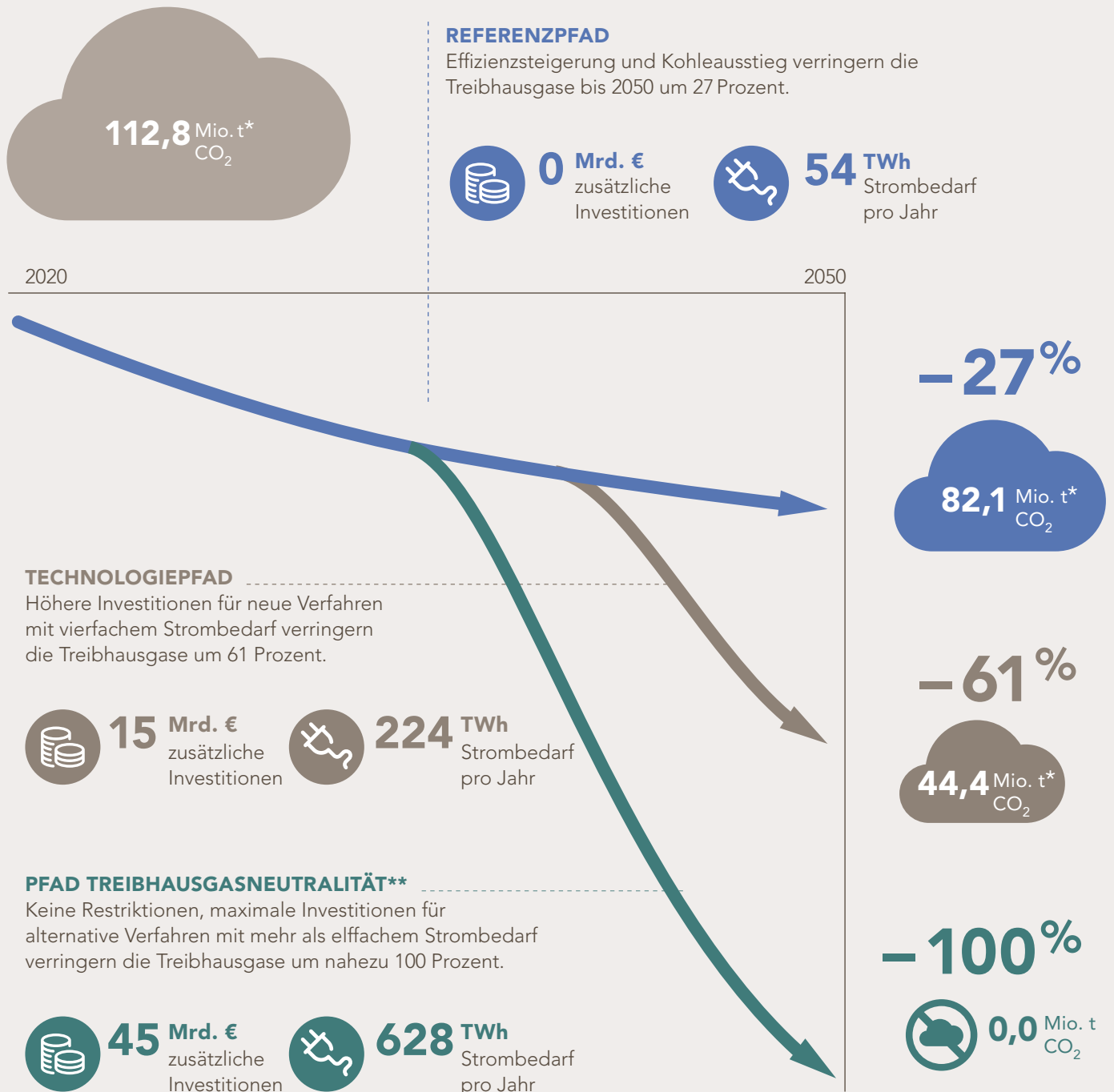
Chemie ist Zukunft. Damit dieser Anspruch weiterhin eingelöst wird, hat der VCI drei Studien in Auftrag gegeben (s. Seiten 6 und 7). Die Ergebnisse sollen helfen, die Zukunftsfähigkeit der Branche zu sichern.

Vor allem niedrige Strompreise seien für die Branche auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität unabdingbar, sagte Schäfer: „Die neuen Verfahren sind in Deutschland vor 2050 nur bei Stromkosten von 4 Cent pro Kilowattstunde wirtschaftlich. Davon sind wir heute weit entfernt. Die Politik wird daher über die heutigen Entlastungs- und Carbon-Leakage-Regeln hinaus weitere Maßnahmen treffen müssen, um die Stromkosten für die Industrie zu dämpfen.“ Bereits 50 Prozent höhere Stromkosten – also 6 Cent je Kilowattstunde – würden bei den meisten Verfahren die Wirtschaftlichkeit in einen Zeitraum deutlich nach 2050 verschieben. [sk/mr/cla](#)

Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland

Die Ergebnisse in Kurzform

Treibhausgasemissionen aus Prozessen, Energiebedarf und Produkten



Annahme Stromkosten: 4 Cent/kWh inklusive Abgaben und Steuern

* Treibhausgasemissionen aus Prozessen, Energiebedarf und Produkten

** Es bleiben geringe Restemissionen, die durch weitere Technologien reduziert werden müssen und nicht Gegenstand der Studie waren.



Die VCI-Mitgliederversammlung fand am 26. September 2019 in Berlin statt.

Bericht des Präsidenten

Chemie ist Zukunft

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld der Branche entwickelt sich zurzeit sehr dynamisch: Die konjunkturelle Eintrübung geht mit einem Wandel des politischen Mainstreams in Deutschland einher. VCI-Präsident Hans Van Bylen empfahl den Gästen auf der diesjährigen Mitgliederversammlung, sich auf die damit verbundenen Veränderungen einzustellen. Dabei könnten sie sich auf die Stärken der Chemie- und Pharmaindustrie besinnen.

Das Motto seiner VCI-Präsidentschaft „Chemie ist Zukunft: innovativ, digital und verantwortungsvoll“ zog sich als Leitthema durch den ersten Rechenschaftsbericht von Hans Van Bylen auf der Mitgliederversammlung Ende September in Berlin. Darin machte er deutlich, wie zukunftsorientiert die Branche dank qualifizierter Mitarbeiter, hochwertiger Produkte und ihrer Verpflichtung zu verantwortungsvollem Handeln aufgestellt ist. Welche Beiträge die Chemie schon heute leiste, um die Herausforderungen von morgen zu bewältigen, habe er deshalb im Laufe seines ersten Amtsjahrs



Hans Van Bylen bei seiner Rede.

in vielen Gesprächen mit Politik und Medien immer wieder betont. Jedoch werde es immer schwieriger, damit auch in der Breite durchzudringen.

ZUKÜNFTIGE BRANCHENAUSRICHTUNG

„Trotz aller Fortschritte und Erfolge müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir uns noch besser auf die Rahmenbedingungen in unserem Umfeld einstellen“, stellte Van Bylen klar. Für den Verband gehe es darum, auch neue Wege zu gehen: „Dazu gehört: digitale Plattformen noch stärker nutzen, genauer zuhören und die Erwartungen unserer Kunden und der Gesellschaft noch besser in unsere Strategien einbeziehen.“ Gelingen dies

nicht, laufe die Branche Gefahr, ihren Gestaltungsspielraum bei den wirtschaftlichen, regulatorischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schrittweise einzuengen.

GESTALTUNGSSPIELRÄUME GENUTZT

Dass die bestehenden Spielräume zuletzt im Sinne der Branche genutzt werden konnten, belegte Van Bylen an konkreten Beispielen: So habe das sogenannte Klimakabinett die Einführung eines CO₂-Preises in Deutschland auf die noch nicht vom EU-Emissionshandel erfassten Sektoren beschränkt. Zudem liege nach langem Werben nun endlich ein Gesetz zur steuerlichen Forschungsförderung vor. Diese hätte zwar „höher ausfallen“ müssen, doch sei sie „ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, so der VCI-Präsident.

Der Verband habe im zurückliegenden Jahr viele Themen aufgegriffen und im Sinne der Industrie vorgebracht, sagte Van Bylen und dankte allen, die sich mit großem Engagement für die Branche einsetzen: „Ohne Ihre aktive Unterstützung könnte der Verband seine Aufgaben nicht so erfolgreich wahrnehmen.“ *jgl*



Abstimmungsbedarf: Im Themenspace „Lebens-Raum“ gab sich die Mehrheit der Teilnehmer vorsichtig optimistisch, dass die deutsche Chemie bis 2050 auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität weit kommen kann.

Themenspaces Lebens-Raum, Denk-Werk und Zukunfts-Camp

„Wir, die chemische Industrie, sind die Ingenieure der Zukunft“

Lebens-Raum: Das Klima schützen, Denk-Werk: Kundenwünsche verstehen, Zukunfts-Camp: Das Morgen gestalten – darum ging es bei den Themenspaces am Nachmittag der VCI-Mitgliederversammlung 2019. Präsentiert wurden die Ergebnisse von drei Studien, die der Verband in Auftrag gegeben hatte. Sie sollen der Branche helfen, ihren Weg in die Zukunft zu finden.

Für den Themenspace „Lebens-Raum“ zum Thema Klimaschutz konnte der VCI Professor Barbara Praetorius als Hauptrednerin gewinnen, die Vorsitzende der Kohlekommission war. Sie gab dem Publikum einen Einblick in den aktuellen Forschungsstand bei der Erderwärmung. Mit Blick auf die ansteigende Temperaturkurve in den letzten 100 Jahren sagte sie: „Klimaschutz wird als Thema nicht mehr weggehen. Wenn wir heute nicht anfangen, Lösungen dafür zu entwickeln, wird es später zu viel höheren Folgekosten kommen.“ Gleichzeitig versuchte die

Volkswirtin Sorgen zu beruhigen, dass die Wirtschaft unter ambitionierten Klimaschutzvorgaben zwangsläufig leiden werde. Die Kohlekommission habe die Situation energieintensiver Branchen in ihre Abschlussempfehlungen einfließen lassen. Praetorius stellte den anwesenden VCI-Mitgliedern gar geringere Stromkosten durch den Kohleausstieg in Aussicht. Das liege daran, dass erneuerbare Energien immer günstiger würden, was den Börsenstrompreis drücke.

Genau an diesem Punkt entbrannte die Debatte zwischen Publikum und den Experten auf dem Podium, zu denen auch Roland Geres gehörte. Der Geschäftsführer von FutureCamp stellte beim Themenspace die neue VCI-Klimastudie vor. Demnach sind niedrige Stromkosten auch notwendig, damit die chemische Industrie neue Prozesstechnologien entwickeln kann, um ihren Treibhausgasausstoß weiter zu reduzieren (siehe Titelthema dieses chemie reports). Geres nannte vier Handlungsfelder, die Voraussetzung für Treibhausgasneutralität seien: Neben der Entwicklung der

eigentlichen Verfahren müsste der Chemie CO₂-freier Strom in großen Mengen zur Verfügung stehen. Die Branche müsse ab Mitte der 2030er-Jahre stark in die Modernisierung des Anlagenparks investieren. Und es brauche alternative Rohstoffe für die Umstellung der größtenteils noch fossilen Rohstoffbasis.

Am Schluss durften die Chemievertreter im Publikum ihre Einschätzung abgeben. Auf die Frage, wie weit die Chemie auf dem Weg Richtung Treibhausgasneutralität kommen werde, zeigte sich die Mehrheit vorsichtig optimistisch.

KUNDENWÜNSCHE VERSTEHEN

Im Themenspace „Denk-Werk“ lag der Schwerpunkt auf dem Aspekt „Kundenwünsche verstehen“. Eike Wenzel, ITZ-Institut für Trend- und Zukunftsforschung, fragte dafür in seiner Keynote: „Wie werden wir morgen leben?“ Seine Quintessenz: Eine vernünftige Antwort lasse sich nur mit Blick auf die Megatrends demografischer Wandel, Digitalisierung und Individualisierung finden. Schon lange ließen sich die



Wege in die Zukunft wurden im Themenspace „Zukunfts-Camp“ gesucht und diskutiert.



Kundenwünsche verstehen – um dieses Thema und die dazugehörige Studie ging es im Themenspace „Denk-Werk“.

Wünsche, Sehnsüchte und Befürchtungen der Menschen nicht mehr über die Analyse von (angeblich) einheitlichen Milieus und Zielgruppenmodellen erfassen. Lebensstile müssten vor allem im Zusammenhang mit Technologie-, Gesellschafts- und Konsumtrends betrachtet werden, um Aufschlüsse darüber zu geben, was Kunden in Zukunft umtreibt und fasziniert. Nach Auffassung Wenzels brauchen Unternehmen ein Frühwarnsystem, um die Wünsche ihrer Kunden rechtzeitig zu erkennen und damit auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Während Wenzel den theoretisch-wissenschaftlichen Überbau lieferte, ging es beim Impulsvortrag von Georg Wolters, Unternehmensberatung Santiago, ganz konkret um die Studie „Erwartungen der Abnehmerindustrien an die Chemieindustrie“. „Die Kunden der Branche stehen unter einem erheblichen Druck, den sie an die Chemie weitergeben“, sagte Wolters. Das spiegelt sich in ihren zehn zentralen Anforderungen an Deutschlands drittgrößten Industriezweig wider. Gefragt sei vor allem, dass die Chemie „stärker in Lösungen und vom Endkunden her denkt sowie Kreislaufwirtschaft ermöglicht“. Auch mehr Transparenz sollen die Unternehmen gewährleisten, Gefahrstoffe vermeiden und über neue Geschäftsmodelle nachdenken.

„Künftiger Erfolg setzt die Bedienung dieser Anforderungen voraus“, machte Wolters abschließend deutlich.

DAS MORGEN GESTALTEN

„Deutschland befindet sich in einem aufgewühlten seelischen Zustand. Vielen Menschen geht es zwar gut, aber sie erleben ihr Land als Insel des Wohlstands in einer Welt krisenhafter Umbrüche.“ Dieses Fazit zog Stephan Grünewald, rheingold-Institut, in seinem Vortrag „Wie tickt Deutschland?“ beim Themenspace „Zukunfts-Camp“. Aber der soziale Zusammenhalt schwinde, radikale Parteien seien auf dem Vormarsch. Immer mehr Bürger hätten das Gefühl, dass die Zukunft nur schlimmer werden könne. Die Deutschen seien mutloser geworden, konstatierte Grünewald und führte diese Mutlosigkeit auch auf Orientierungslosigkeit und mangelnde Wertschätzung zurück. So hätten die Menschen das Gefühl, die „Elite schaue auf sie herab. Aus dem Gefühl der Ohnmacht entsteht Wut“, erläuterte Deutschlands bekanntester Psychologe. Damit die Menschen wieder zuversichtlicher in die Zukunft blickten, sei eine Streitkultur auf Augenhöhe notwendig. Und statt des typisch deutschen Zweckpessimismus sprach sich Grünewald für einen „gesunden Optimismus aus, der

Risiken abwägt und die Entscheidung wagt“.

Das Morgen gestalten, dies gilt nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die chemische Industrie, erläuterte Johann-Peter Nickel in seinem Impuls zur Studie „Wege in die Zukunft – Weichenstellung für eine nachhaltige Entwicklung in der chemisch-pharmazeutischen Industrie“. Denn die Branche stehe vor elementaren Herausforderungen. Die Gründe dafür: tiefgreifende Umbrüche in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Umso wichtiger sei es, so Nickel, dass die Chemieindustrie jetzt ihre Weichen für eine nachhaltige Zukunft stelle. Dazu müssten die Unternehmen Nachhaltigkeit als Chance begreifen, eine Innovationsoffensive starten und ihre Forschungsbudgets massiv ausbauen. Dass die Branche diese Herausforderungen bewältigen werde, machte VCI-Vizepräsident und Evonik-Chef Christian Kullmann deutlich: „Wir, die chemische Industrie, sind die Ingenieure der Zukunft.“ *mvz, sk*

Service:

Die drei VCI-Studien, um die es in den Themenspaces ging, gibt es als Lang- oder Kurzfassung unter: www.vci.de/Broschueren



Die Preisträger des Responsible-Care-Wettbewerbs 2019 mit VCI-Präsident Hans Van Bylen (ganz rechts). Von links nach rechts: Artur Eisele-Kohler, Carl Eppe (beide Eppe Druckfarben AG), Luis López-Remón, Dietrich Tegtmeier (beide LANXESS AG), Frank Naumann (CHT Germany GmbH) und Karin Laberenz (DAW SE).

VCI prämiiert Preisträger des Responsible-Care-Wettbewerbs 2019

Die Lieferkette als Richtschnur für die Zukunft

Nachhaltigkeit in der Lieferkette der chemischen Industrie ist nicht von der Unternehmensgröße abhängig. Das zeigen die Sieger im Responsible-Care-Bundeswettbewerb 2019, die der VCI im Rahmen der Mitgliederversammlung ausgezeichnet hat.

Der erste Preis ging an die LANXESS AG, Köln, für das „Reel-Projekt zur ressourceneffizienten Herstellung von Lederchemikalien beim Kunden“. Den zweiten Preis erhielt die Eppe Druckfarben AG, Neusäß, für die Entwicklung eines neuen „Farbsystems für Druckfarben“. Den dritten Platz belegte die DAW SE, Ober-Ramstadt, mit einem „Lieferantenkodex“. Den Mittelstandspreis bekam die CHT Germany GmbH, Tübingen, für ein „Informa-

tionstool zur Bewertung von Lieferanten“.

Beim diesjährigen Responsible-Care-Wettbewerb ging es um das Thema „Unser Beitrag zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette“. Das Responsible-Care-Programm ist Bestandteil von Chemie³, der Nachhaltigkeitsinitiative der Branche. Die mit unabhängigen Fachleuten besetzte Jury entschied über die Preisträger, die aus den Wettbewerben der VCI-Landesverbände als Sieger hervorgegangen waren. Den Mittelstandspreis bekam die CHT Germany GmbH, Tübingen, für ein „Informationstool zur Bewertung von Lieferanten“.

GERBEREIE IM BLICK

Das erstplatzierte Projekt der LANXESS AG zur **ressourceneffizienten**

Herstellung von Lederchemikalien

(Reel) überzeugte die Jury als innovatives Geschäftsmodell, das Abfall vermeidet, die Umwelt schont und Transporte sowie Kosten einspart. Dazu hat LANXESS eine Pilotanlage entwickelt, die Reste der Lederherstellung beim Gerber oder Anwender wiederverwendet und damit Nachgerbstoffe vor Ort produziert. Der Gerber stellt seinen Chemiebedarf dadurch größtenteils selbst her – aus biobasierten Reststoffen seiner eigenen Lederherstellung. LANXESS behält als Verfahrensgeber die prozessseitige Verantwortung für die chemische Synthese. Die Reel-Pilotanlage hat die Machbarkeit des Konzepts bewiesen. In Planung sind achtmal größere Produktionsanlagen in Zusammenarbeit mit führenden Großgerbereien in Europa.

NEUE FARBEN FÜR DRUCKMASCHINEN

Den zweiten Platz erzielte die Eppler Druckfarben AG mit einem **System neuer Druckfarben**, die auf Bogenoffset-Druckmaschinen eingesetzt werden. Diese Farben bieten ökologische Vorteile: Ihre Bindemittel basieren auf nachwachsenden Rohstoffen; sie verzichten auf potenziell toxische Metalltrockner und Photoinitiatoren sowie auf Mineralöl. Das mit ihnen bedruckte Altpapier kann bis zu sechs Mal mit sehr guter Faser- ausbeute recycelt werden. Hinzu kommen soziale Vorteile, weil auf toxische Inhaltsstoffe verzichtet und die Geruchsbelastung beim Drucken und beim Endprodukt reduziert wird. Die Jury lobte bei diesem Projekt, dass es beim Kerngeschäft des Druckfarbenherstellers ansetzt.

KODEX FÜR LIEFERANTEN

Auf Platz drei setzte die Jury die DAW SE für die Entwicklung eines unternehmenseigenen **Lieferantenkodexes**. Er regelt unter anderem den Umgang mit Mitarbeitern (Arbeitnehmerrechte, Gesundheit, Sicherheit, Gleichbehandlung), den Umweltschutz (Einhaltung der nationalen Gesetzgebung; Umweltmanagementsystem) sowie das Verhalten im geschäftlichen Umfeld (Korruptionsverbot, Vermeidung von Interessenskonflikten). Ein Verstoß gegen diesen Kodex wird von DAW als Beeinträchtigung des Vertragsverhältnisses betrachtet. Im Rahmen dieses Lieferantenkodexes legt die DAW neben der Klassifizierung und Beurteilung der Lieferanten auch besonderen Wert auf den regelmäßigen Austausch zu den Themen Innovation, Trends und Nachhaltigkeit. Beeindruckend für die Jury war der breite Ansatz von Nachhaltigkeit im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung.

VOM EINKAUF BIS ZUR ANWENDUNG

Die CHT Germany GmbH gewann zum zweiten Mal in Folge den Mittelstandspreis. Das Unternehmen kombiniert eine **Lieferantenbewertung mit Nachhaltigkeitskriterien** weltweit mit einem **Informationstool** für



Die Gewinner des diesjährigen Responsible-Care-Wettbewerbs erhielten das RC-Logo erstmals in 3-D.

Kunden im Consumer-Care-Bereich.

Dabei handelt es sich um eine Art Produktpass. Er bezieht sich auf Qualität, chemische Zusammensetzung, Produktsicherheit, Zertifizierung und gesetzliche Vorschriften. Die Kunden können das Tool für die Nachhaltigkeitsbewertung ihrer eigenen Produkte nutzen. Im Rahmen der Lieferantenbewertung wurden im Jahr 2018 453 Lieferanten der CHT-Gruppe bewertet, wovon 311 als nachhaltig angesehen wurden.

HINTERGRUND ZUM WETTBEWERB

Der Responsible-Care-Wettbewerb des VCI beginnt auf Landesebene. In den Landesverbänden wurden in diesem Jahr 57 Projekte eingereicht. Die Landes-Sieger nehmen automatisch am Bundeswettbewerb teil.

Über die Platzierungen auf Bundesebene entschied eine unabhängige siebenköpfige Jury: Winfried Horstmann, vertreten durch Heinrich Lochte, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Michael Reubold, Redaktion CHEManager; Gertrud Sahler, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, und nukleare Sicherheit; Xaver Schmidt, Industriegewerkschaft

Bergbau, Chemie, Energie; Professor Ferdinand Schüth, Max-Planck-Institut für Kohlenforschung. Für den VCI waren der damalige Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann und Gerd Romanowski, Geschäftsführer Wissenschaft, Technik und Umwelt, vertreten. *muz*

Service:

Ein Video über die Siegerprojekte können Sie bei YouTube sehen: www.youtube.com/chemieverband

Wolfgang Große Entrup ist neuer Hauptgeschäftsführer des VCI

Chemieverband mit neuer Führung

Wolfgang Große Entrup (57) ist neuer Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie in Frankfurt. Er hat am 1. Oktober 2019 die Nachfolge von Utz Tillmann angetreten, der nach über elf Jahren in dieser Funktion in den Ruhestand gegangen ist.

Der neue Hauptgeschäftsführer des VCI sieht die drittgrößte Branche Deutschlands vor zunehmend großen Herausforderungen. Große Entrup sagt: „Wir erleben derzeit starke ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Veränderungen. Dieser Wandel betrifft unmittelbar auch unsere Branche. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, brauchen wir mehr denn je einen Fokus auf Innovationen und Technologieoffenheit.“

Zudem ist klar, dass die Verantwortung der chemisch-pharmazeutischen Industrie weit über profitables Wachstum hinausgeht. Wir leisten mit unseren Produkten und Dienstleistungen spürbare Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung. Dies zu verdeutlichen und zu diskutieren bedarf eines offenen Dialoges zwischen Industrie, Gesellschaft und Politik.“

Große Entrup ist promovierter Agraringenieur. In seiner letzten beruflichen Station vor dem Wechsel zum VCI war er Senior Vice President „Sustainability & Business Stewardship“ bei der Bayer AG und damit verantwortlich für die weltweite Steuerung der Konzernaktivitäten in diesen Bereichen. In früheren Funktionen war Große Entrup in der BASF SE in verschiedenen Vertriebs- und Stabsorga-



Wolfgang Große Entrup

nisationen in leitender Funktion tätig und davor persönlicher Referent/Büroleiter eines Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition.

Große Entrup ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. 🏠

Wahlen zu Vorstand und Präsidium



Die Mitgliederversammlung in Berlin hat Christian Kullmann, Evonik Industries AG, im Amt des VCI-Vizepräsidenten bestätigt. Außerdem wurden Sabine Herold, DELO Industrie Klebstoffe GmbH & Co. KGaA, und Wolfgang Langhoff, BP Europa SE, in das Präsidium wiedergewählt. Neu in das Präsidium gewählt wurden Christian Bruch, Linde AG, und Reinhold von Eben-Worlée, Worlée-Chemie GmbH. 🏠

Nach der VCI-Mitgliederversammlung 2019

Farewell für Utz Tillmann

Im Historischen Museum Berlin hat nach der diesjährigen VCI-Mitgliederversammlung die Abendveranstaltung mit einem Farewell für den scheidenden VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann stattgefunden. Sichtlich gerührt nahm er dabei unter anderem ein Fotobuch aus der Hand von VCI-Präsident Hans Van Bylen entgegen, der ihm herzlich für die erfolgreiche Arbeit in den vergangenen 11 Jahren dankte. Vier Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag hielten Abschiedsreden. Es sprachen Thomas Bareiß (CDU), Sigmar Gabriel (SPD), Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Lindner (FDP). 🏠



Treffpunkt Historisches Museum: Sigmar Gabriel (SPD) und Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) mit Utz Tillmann und Hans Van Bylen (v.l.n.r.).



Zum Abschied bekam Tillmann ein Fotobuch von VCI-Präsident Van Bylen.

Die wichtigsten Beschlüsse aus der VCI-Präsidiumssitzung vom 26. September 2019

Als politische Top-Themen des Verbandes hat das Präsidium für die nächsten zwei Jahre folgende Themen festgelegt:

- Energie und Klima: Für ein industriefreundliches Klimaschutzgesetz einsetzen,
- Innovation: Anreizstruktur für Innovationen in Chemie und Pharma,
- Industriepolitik: Industriepolitische Strategie der Bundesregierung begleiten,
- Agrar: An der gesellschaftlichen Debatte zur Biodiversität beteiligen,
- Steuern: Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken,
- Digitalisierung: Ausbau der Infrastruktur vorantreiben.

Klima- und Energiepolitik: Hier hat das Präsidium die VCI-Strategie und die geplanten Aktivitäten des Verbandes bestätigt: Für das Klimaschutzgesetz ist demnach die Gleichrangigkeit von Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit, industrieller Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung erforderlich. Im Kohleausstiegsgesetz muss eine Kompensation für kommende Strompreissteigerungen verankert werden. Ein deutscher CO₂-Preis sollte durch einen eigenen Emissionshandel für die Sektoren eingeführt werden, die bislang nicht vom europäischen Emissionshandel abgedeckt sind.

Voraussetzungen für den vom VCI in einer Roadmap aufgezeigten Weg zur Treibhausgasneutralität 2050 der chemischen Industrie (siehe Titelgeschichte) sind die ausreichende Verfügbarkeit von bezahlbarem, erneuerbarem Strom, eine Förderung neuer Technologien und geeignete politische Rahmenbedingungen.

Darüber hinaus hat das Präsidium vor dem Hintergrund der Roadmap beschlossen, eine „Plattform Transformation Chemie“ zu gründen. Ein Konzept soll bis zur nächsten Präsidiumssitzung erarbeitet werden. ■

Impressionen von der VCI-Mitgliederversammlung 2019

Sie konnten nicht zur Mitgliederversammlung nach Berlin kommen? Dann schauen Sie sich doch die ausführliche Dokumentation im Mitgliederbereich der VCI-Website an. Dort gibt es Fotostrecken mit zahlreichen Impressionen zum Anschauen. Der Zugriff ist ausschließlich VCI-Mitgliedern vorbehalten. Nutzen Sie bitte Ihre Log-in-Daten oder fordern Sie sie an: www.vci.de/mv-nachlese



Deutsches Klimaschutzprogramm und -gesetz beschlossen

Die Richtung stimmt, aber Herausforderungen bleiben

Die Bundesregierung hat Anfang Oktober ihr Klimaschutzpaket 2030 auf den Weg gebracht. In dem 173 Seiten starken Dokument definiert sie unter anderem Maßnahmen für die Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft zur Erreichung der deutschen Klimaziele. Ende September hatte das Kabinett bereits eine Kurzfassung – die sogenannten Eckpunkte – verabschiedet.

Vor dem Kabinettsbeschluss hatte es eine breite Debatte zur Frage gegeben, wie ein CO₂-Preis in Deutschland eingeführt und ausgestaltet werden könnte. Die Bundesregierung möchte nun ein nationales Emissionshandelssystem aufsetzen. Es soll zunächst bis 2025 einen Preis festsetzen, der bei 10 Euro pro Tonne CO₂ beginnt und jährlich steigt. Damit handelt es sich de facto um eine Steuer. Im Jahr 2026 soll der Preis, je nach Nachfrage, zwischen 35 und 60 Euro pro Tonne CO₂ schwanken. 2027 könnte der Festpreis unter Umständen aufgehoben werden. Das System erfasst die Emissionen aus der Nutzung fossiler Brenn- und Kraftstoffe, insbesondere Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin und Diesel. Betriebe wie Importeure oder Raffinerien sollen mit CO₂-Kosten belastet werden, da sie entsprechende Produkte in Verkehr bringen.

Damit wären auch Anlagen der chemischen Industrie, die sehr viel Gas benötigen, von der Regelung betroffen. Das Klimaschutzprogramm 2030 schließt jedoch explizit Doppelbelastungen für Anlagen aus, die schon über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) geregelt sind. Das trifft auf Chemieanlagen größtenteils zu. Aus Sicht des VCI müssen aber alle Betriebe, die sich im internationalen und europäischen Wettbewerb befinden, eine Kompensation für den neuen CO₂-Preis erhalten. Sollten nämlich ihre Brennstoffkosten wegen des deutschen Emissionshandelsystems ansteigen, würden sie sonst nicht nur international, sondern auch innereuropäisch einen Nachteil gegenüber Wettbewerbern erleiden. Aus



Die Bundesregierung hat einen CO₂-Preis für die Emissionen beschlossen, die bei der Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdgas entstehen. Dieser soll 2025 bei 10 Euro pro Tonne beginnen und danach jährlich steigen.

diesem Grund ist ein Carbon-Leakage-Schutz für nicht im europäischen ETS erfasste Industrieanlagen auf deutscher Ebene unerlässlich.

KLAGEWELLEN DROHEN

Zeitgleich mit dem Klimaschutzprogramm hat das Kabinett ein Klimaschutzgesetz als erste Umsetzung verabschiedet. Es setzt der Bundesregierung und der Bundesverwaltung einen Handlungsrahmen zur Erreichung der Klimaziele. Dazu werden im Klimaschutzgesetz jahresscharfe Sektorziele festgelegt und damit einklagbar gemacht.

Aus Sicht des VCI kann dies, ähnlich wie bei Gerichtsverfahren zur Luftreinhaltung in Städten, zu Klagewellen führen. Eine Einführung von Sektorzielen für Industrie und Energiewirtschaft würde außerdem der europäischen Regulierung durch das ETS widerspre-

chen. Ein nationales Ziel für diese Sektoren konterkariert das europäische System und führt zu Ineffizienzen.

Der in einem früheren Entwurf vorgesehene Sachverständigenrat für Klimafragen wurde im Kabinettsbeschluss in „Expertenkommission für Klimafragen“ umbenannt und in seinen Befugnissen eingeschränkt, was der VCI begrüßt.

Die vielfältigen Maßnahmen des Klimaschutzprogramms sollen bis Ende 2019 in weiteren Kabinettsbeschlüssen auf den Weg gebracht werden. Angesichts der schier Masse der Maßnahmen scheint dies sehr ambitioniert. Das Klimaschutzgesetz als besonders eilbedürftiges Verfahren könnte dagegen mit Fristverkürzungen noch bis Ende des Jahres von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Jenna Schulte (schulte@berlin.vci.de)

Teil 18 der chemie-report-Serie „Chemie 4.0 im Detail“

5G-Campusnetze könnten teuer werden

Deutschland beschreitet bei der Nutzung der 5G-Mobilfunkfrequenzen im internationalen Vergleich neue Wege. Industrieunternehmen werden auf ihrem Werksgelände eigene Funknetze zur Steuerung von Industrieanlagen etablieren können. Die Gebühren dafür könnten aber am Ende viel höher ausfallen als zunächst angenommen.

Nach dem Auktionsende für die neuen 5G-Frequenzen war die Hoffnung groß, dass die Industrie Campusnetze zügig ausbauen kann (siehe chemie report 8/2019). Die Industrieverbände VCI, VDA, VDMA und ZVEI begrüßten die Tatsache, dass Industrieunternehmen nun die Möglichkeit haben, einen weltweit führenden Produktionsstandort mit eigenen Funknetzen auf dem Werksgelände aufzubauen. Viele Unternehmen aus der Automobilindustrie, der Chemie, der Elektroindustrie sowie des Maschinen- und Anlagenbaus stehen in den Startlöchern. Die Bundes-

netzagentur, die für die Vergabe von Frequenzen zur Kommunikation innerhalb von Fabriken, Betriebsgeländen und landwirtschaftlichen Flächen zuständig ist, steht den Industrieunternehmen hierbei mit Rat und Tat zur Seite.

NUTZUNGSGEBÜHREN UNKLAR

Derzeit können die Anträge aber noch nicht abgeschickt werden, da sich die Gebührenordnung verzögert. Konkrete Vorschläge liegen dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Finanzministerium und dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur seit Monaten vor. Offenbar sieht das Finanzministerium noch Anpassungsbedarf. Die Behörde drängt auf deutlich höhere Abgaben. Dies könnte am Ende zu kräftig steigenden Kosten für Campusnetze führen. Aus diesem Grund haben sich die vier Verbände an die beteiligten Ministerien gewandt und eine zeitnahe Entscheidung im Sinne der Unternehmen gefordert. Deutschland drohe

sonst, seine Vorreiterrolle bei 5G in der Industrie zu verlieren.

Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes benötigen dringend Klarheit hinsichtlich der Gebühren für lokale Frequenzen. Deren Nutzung ist für die deutsche Industrie kein Geschäftsmodell, sondern Voraussetzung, um Leitmarkt und Leitanbieter für industrielle 5G-Anwendungen werden zu können. Die Bepreisung sollte daher angemessen sein – im Sinne guter Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland und damit für künftiges Wachstum, Arbeitsplatzsicherheit und Wohlstand. Gerade für mittelständische Unternehmen könnten höhere Gebühren abschreckend wirken oder zur Kostenfalle werden. Denn in ländlichen Regionen werden Campusnetze in den nächsten Jahren die voraussichtlich einzige Möglichkeit zur 5G-Nutzung bleiben. Der Netzausbau konzentriert sich vorerst auf Metropolregionen.

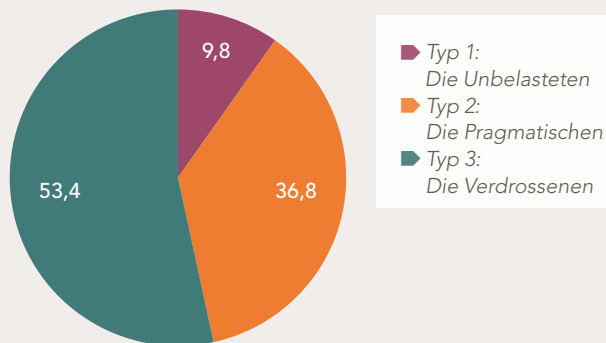
Christian Bünger (buenger@vci.de), cla



Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes benötigen dringend Klarheit über die Gebühren für die Nutzung lokaler 5G-Frequenzen.

BÜROKRATIEVERDROSSENHEIT IST HOCH

Unternehmenstypen nach Sichtweise, Anteile in Prozent



Studie zur Bürokratiewahrnehmung: Das Institut für Mittelstandsforschung ordnet deutsche Unternehmen in drei Gruppen ein. Über die Hälfte der Betriebe nimmt Bürokratie stark negativ wahr und zählt damit zu den „Verdrossenen“. Quelle: Befragung des IfM Bonn 2018



Für gut 70 Prozent der Unternehmen umfasst Bürokratie zum Beispiel auch privatwirtschaftliche Regulierungen, die sich aus Kunden- und Lieferanten-Beziehungen ergeben.

Studie des Instituts für Mittelstandsforschung**Autonomer Bürokratieabbau in vielen Unternehmen**

Trotz tendenziell rückläufiger Kosten ist die Bürokratiebelastung für viele Unternehmen weiterhin ein zentrales Wachstumshemmnis. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) hat erstmals untersucht, wie Unternehmen Bürokratie wahrnehmen – vom Belastungs-empfinden über den Aufwand bis hin zu den damit verbundenen Emotionen.

Immer häufiger fühlen sich Unternehmen laut der Studie nicht mehr in der Lage, alle bürokratischen Vorgaben zu erfüllen. Der Blick auf die individuelle Bürokratiewahrnehmung in der Industrie zeigt außerdem, dass Kleinstunternehmen bis neun Beschäftigte hauptsächlich zu den „Verdrossenen“ gehören, während sich mittlrgroße Unternehmen (bis 499 Beschäftigte) eher als pragmatische Typen positionieren. Nicht ganz unerwartet ist das Ergebnis für die Großunternehmen. Sie sehen sich durch Bürokratie weitgehend unbelastet.

Die heute vorherrschende negative Bürokratiewahrnehmung spiegelt sich auch in der massiven Kritik wider. Rund 60 Prozent der befragten Unternehmen bemängeln laut IfM die Sinnhaftigkeit vieler Vorschriften und knapp 80 Prozent die Regulierungsdichte.

Da fast die Hälfte der Unternehmen meint, nicht mehr alle bürokratischen Erfordernisse erfüllen zu können, baut jeder vierte Betrieb autonom Bürokratie ab, indem nur noch die wichtigsten Vorschriften erfüllt werden. Die allzeit propagierten Vorteile der Bürokratie, wie Rechtssicherheit und Gleichbehandlung, werden dabei von Unternehmen oft nicht mehr wahrgenommen.

UNTERSCHIEDLICHES VERSTÄNDNIS

Ein entscheidendes Ergebnis der Studie ist das unterschiedliche Bürokratieverständnis von Politik und Wirtschaft. Die Politik definiert Bürokratie als Erfüllungsaufwand der gesetzlichen Vorgaben. Für gut 70 Prozent der Unternehmen umfasst Bürokratie aber

zusätzlich auch halböffentliche Vorgaben von Verbänden, Normungsinstituten oder Berufsgenossenschaften sowie privatwirtschaftliche Regulierungen, die sich aus Kunden- und Lieferanten-Beziehungen ergeben.

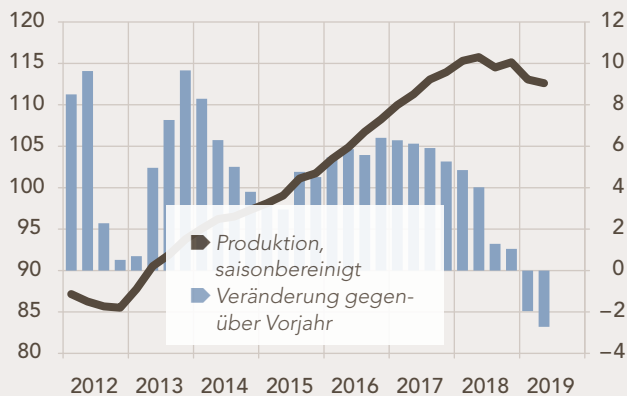
Punktueller und kleinteiliger Entlastungsmaßnahmen sind aus diesem Grund unzureichend, zumal die bürokratische Gesamtbelastung aus Unternehmersicht nicht zwingend aus den Gesetzen resultiert, sondern oft aus den jeweiligen Umsetzungsvorschriften und Verwaltungsverfahren.

Aus Sicht des VCI gilt es, den Bürokratiebegriff wieder positiv zu besetzen. Bürokratie bedeutet letztendlich Planungssicherheit und einen verlässlichen Rechtsrahmen. Der „große Wurf“ kann daher nur im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Institutionen und Unternehmen gelingen. Letztere sind für dieses Bündnis bereit und wünschen sich mehr denn je, von der Politik „wahr- und ernstgenommen“ zu werden.

Angelika Becker (becker@vci.de)

AUTOMOBILPRODUKTION SINKT SEIT JAHRESBEGINN

Weltweite Produktion, Index 2015 = 100 (linke Skala), Veränderung in Prozent (rechte Skala)



Weniger Nachfrage: Schwache Pkw-Verkäufe in den USA, Europa und China ließen die Produktion in der Automobilindustrie seit Anfang 2019 zurückgehen. Das führte zu einer schwächeren Nachfrage nach Chemikalien bei den Autobauern. Quellen: Feri, VCI

GEMISCHTE AUSSICHTEN FÜR DIE INDUSTRIE

Veränderung der Industrieproduktion ggü. Vorjahr in Prozent

Industrie	2018	2019*	2020*
Welt	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,7
EU	+ 1,6	- 0,5	+ 0,5
Deutschland	+ 1,1	- 3,5	+ 0,5
USA	+ 2,3	+/- 0,0	+ 1,0
Japan	+ 1,1	- 1,0	+ 0,5
China	+ 6,2	+ 5,5	+ 5,0
Südkorea	+ 1,2	- 1,5	+ 2,0
Indien	+ 5,4	+ 2,5	+ 3,5
Brasilien	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5
Russland	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,5

Service: Weitere Informationen zur globalen Konjunktur finden Sie in der VCI-Publikation „Business Worldwide“ unter: http://bit.ly/Business_Worldwide
 Quellen: Feri, VCI

* Prognose

Konjunktur weltweit**Industrie im Krisenmodus**

Die Stimmung in der deutschen Chemie ist verhalten. Mittlerweile ist kaum ein Unternehmen noch mit der aktuellen Geschäftslage zufrieden. Im In- und Ausland halten sich die Kunden mit ihren Chemikalienbestellungen zurück. Die deutsche und europäische Industrie befindet sich im Abschwung, und eine rasche Besserung ist nicht in Sicht.

Insbesondere in den entwickelten Volkswirtschaften befindet sich die Industrie derzeit im Krisenmodus. In Europa verläuft die Industrieproduktion bereits seit Anfang 2018 mehr seitwärts als aufwärts. Besonders negativ betroffen ist die deutsche Industrie, die nun seit einem Jahr eine rückläufige Produktion verbuchen muss. Aber auch in Japan ist die Produktion schon länger von einem Auf und Ab gekennzeichnet. Seit Jahresbeginn zeigt sich die Abkühlung ebenfalls in den USA. Die Industrieproduktion in den Schwellenländern kann zwar noch ein Plus vorweisen, der Zuwachs ist

aber verhalten, wenn man ihn mit dem Wachstum der Vorjahre vergleicht.

KUNDENBRANCHEN SCHWÄCHELN

Produktionsdrosselungen sind in vielen wichtigen Kundenbranchen der Chemieindustrie an der Tagesordnung.

Früh von der Abschwächung betroffen war die Automobilindustrie. Der Pkw-Markt zeigt kaum Dynamik. In den USA und Europa liegen die Verkaufszahlen zwar nur geringfügig niedriger als ein Jahr zuvor, aber in China geht der Pkw-Absatz mittlerweile deutlich zurück und in vielen anderen Schwellenländern sind die Verkäufe schwach. Dementsprechend drosselt die Automobilindustrie ihre Produktion.

Auch bei den Kunststoffverarbeitern, der Metallindustrie und der Papier- und Druckindustrie läuft es nicht rund. Besser stellt sich bisher die Lage nur bei den konsumnahen Branchen dar.

Die anhaltenden Unsicherheiten, die von Handelsstreitigkeiten, dem schwelenden Brexit sowie ungelösten

geopolitischen Konflikten ausgelöst werden, führen nun auch verstärkt zur Investitionszurückhaltung bei den Unternehmen. Investitionen werden verschoben oder unterbleiben ganz. Damit kündigt sich auch für die globale Maschinenbauindustrie das Ende des Aufschwungs an. Die Abschwächung, die zunächst nur die Produzenten von Vorleistungsgütern und langlebigen Konsumgütern betroffen hatte, erreicht inzwischen auch die Hersteller von Investitionsgütern.

VERHALTENER AUSBLICK

Trotz aller negativer Zahlen: Eine globale Rezession der Gesamtwirtschaft zeichnet sich bisher nicht ab. Auch die Industrie dürfte sich im kommenden Jahr wieder etwas erholen. Erste Stabilisierungstendenzen sind sichtbar. Allerdings bleiben die Risiken hoch, und die Aussichten sind allenfalls moderat.

Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)



Gute Bildung ist eine Schlüsselressource.

OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2019“

Deutschland führt bei MINT

Der diesjährige Bericht „Bildung auf einen Blick“ der OECD gibt Deutschland zwar gute Noten für das Bildungssystem. Danach punktet man hierzulande mit starker MINT-Orientierung. Trotzdem müssen die Anstrengungen verstärkt werden, junge Menschen mehr für Mathe, NaWi und Co. zu interessieren, meint der VCI. Denn die Präferenz für diese Fächer nimmt OECD-weit offenbar ab.

In keinem anderen OECD-Land entscheiden sich insgesamt mehr Anfänger für ein MINT-Fach an Fachschulen, Berufsakademien und Hochschulen (Tertiärbereich) als in Deutschland. Das geht aus dem Bericht „Bildung auf einen Blick 2019“ hervor, in dem 36 OECD-Länder und zehn weitere Staaten miteinander verglichen werden. Gut 40 Prozent aller Anfänger eines Bachelor- oder gleichwertigen beruflichen Programms wählen in Deutschland ein MINT-Fach. Im OECD-Durchschnitt sind es nur 27 Prozent. Auch der Anteil der MINT-Akademiker hierzulande ist hoch: Im OECD-Durchschnitt haben 25 Prozent der Menschen mit Hochschulbildung einen MINT-Abschluss, in Deutschland dagegen 35 Prozent. Auch die Berufsaussichten für MINT-Qualifizierte sind in Deutschland gut. Für Absolventen in den Ingenieur- und den Naturwissenschaften liegen die Beschäftigungsquoten bei 91 beziehungsweise 87 Prozent.

Dieser gute Befund darf aber nicht über einen Trend hinwegtäuschen: „In den meisten Ländern scheint jedoch die Präferenz der Bildungsteilnehmer für die MINT-Fächergruppen zu stagnieren oder abzunehmen“, schreiben die Autoren. Ingenieurwesen, verarbeitendes Gewerbe und Bau sei bei den jungen Menschen, die erst kürzlich einen Abschluss im Tertiärbereich erworben haben, offenbar etwas weniger attraktiv geworden. Darauf deuten entsprechende Zahlen hin: 2017 verfügten 16 Prozent aller 25- bis 64-Jährigen über einen entsprechenden Hochschulabschluss, aber nur 14 Prozent der Absolventen dieses Jahrgangs. Und wie sieht es in Deutschland aus? Hier haben rund 26 Prozent aller Bürger im Alter zwischen 25 bis 64 Jahren einen Abschluss im Ingenieurwesen, verarbeitenden Gewerbe und Bau; und etwa 22 Prozent der Absolventen dieses Jahrgangs, geht aus der OECD-Analyse hervor.

Es gilt also nach wie vor, junge Menschen frühzeitig für NaWi-Fächer und Technik zu begeistern. Aus zwei Gründen:

Einerseits sind die großen Herausforderungen wie Klimawandel oder Ernährung einer stetig wachsenden Bevölkerung nur mit technischem Fortschritt zu bewältigen. Gute Bildung, die schon in der Grundschule beginnt, schafft hierfür eine wesentliche Grundlage.

Andererseits wird die Arbeitsmarktnachfrage nach Absolventen mit einer entsprechenden Ausbildung hoch bleiben.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek betonte bei der Präsentation der Daten, dass Deutschland international gut aufgestellt sei. Aber sie machte auch deutlich: „Eine gute Bildung und Ausbildung und die hohe Bereitschaft für das lebenslange Lernen sind die besten Voraussetzungen, um auf die sich verändernden gesellschaftlichen und beruflichen Herausforderungen reagieren zu können.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. *mvz*

Service:

Den OECD-Bildungsbericht finden Sie beim Bundesbildungsministerium zum Download: www.bmbf.de/files/6001821mw.pdf

Literaturpreis des Fonds der Chemischen Industrie geht an Autorenteam

„Diffusive Spreading in Nature, Technology and Society“ ausgezeichnet

Der in diesem Jahr mit insgesamt 20.000 Euro dotierte Literaturpreis des Fonds der Chemischen Industrie (FCI) geht gemeinsam an Professor Dr. Armin Bunde, Professor Dr. Jürgen Caro, Professor em. Dr. Jörg Kärger und Professor em. Dr. Gero Vogl. Sie wurden auf der Konferenz „Diffusion Fundamentals VIII“ in Erlangen für ihr Buch „Diffusive Spreading in Nature, Technology and Society“ ausgezeichnet.

Das Autorenteam hat ein Werk vorgelegt, betont der FCI in der Begründung, das sich von vielen Büchern dieser Art unterscheidet. Das Buch umfasst nicht nur eine Sammlung von individuellen Beiträgen, sondern illustriert in abgestimmter Weise viele Aspekte der Diffusion in der Natur, der Technologie und der Gesellschaft. So wird zum Beispiel nicht nur die Diffusion von Molekülen in und auf kondensierter Materie angesprochen, sondern auch die turbulente Diffusion in der Atmosphäre sowie die Bewegung von Fischen, Insekten und Vögeln bei der Suche nach Nahrung diskutiert. „Dank dieser vielschichtigen Betrachtung ist das vorgelegte Werk sicherlich für eine breite Leserschaft von Interesse“, unterstreicht der Fonds der Chemischen Industrie.



Professor Dr. Armin Bunde, Professor Dr. Jürgen Caro, Professor em. Dr. Jörg Kärger, Professor em. Dr. Gero Vogl; Professor Dr. Andreas P. Föb, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Vorsitzender der Konferenz „Diffusion Fundamentals VIII“; Professor Dr. Roland A. Fischer, Technische Universität München und Mitglied des Forschungsbeirates des Fonds der Chemischen Industrie.

ÜBER DIE AUTOREN

Professor Dr. Armin Bunde, Jahrgang 1947, studierte Physik an den Universitäten Gießen und Stuttgart. Seit 1993 ist er ordentlicher Professor für Theoretische Physik an die Universität Gießen.

Professor Dr. Jürgen Caro, Jahrgang 1951, studierte Chemie an der Universität Leipzig. 2001 wechselte er als ordentlicher Professor für Physikalische Chemie an die Leibniz-Universität Hannover.

Professor em. Dr. Jörg Kärger, Jahrgang 1943, studierte Physik an der Universität Leipzig. Seit 1994 war er ordentlicher Professor für Experimentalphysik/Grenzflächenphysik an der Universität Leipzig. 2009 wurde Kärger emeritiert.

Professor em. Dr. Gero Vogl, Jahrgang 1941, begann 1959 sein Physikstudium an der Universität Wien. Von 1985 bis 2009 war er ordentlicher Professor für Physik der Universität Wien. *mvz*

Frisch erschienen oder aktualisiert



Diese und weitere VCI-Broschüren mit aktuellen Themen und Daten finden Sie zum Bestellen oder Download auf der VCI-Website. Um alle Broschüren sehen zu können, loggen Sie sich bitte mit Ihren Zugangsdaten ein: www.vci.de/Broschueren

VCI startet Dialogreihe zur modernen Landwirtschaft

Themen, die alle betreffen

Startschuss für die neue Dialogreihe des VCI: Anfang September drehte sich in einem Restaurant im Deutschen Bundestag alles rund um Artenvielfalt und Biodiversität. Im Fokus stand die Frage, wie sie erfolgreich erhalten und gefördert werden könnten.

Biodiversität, Artenvielfalt und Landwirtschaft sind derzeit viel diskutierte Themen. Sie standen daher auch beim Auftakt der VCI-Dialogreihe zur modernen Landwirtschaft im Mittelpunkt. Unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bundeswissenschaftsministers Prof. Heinz Riesenhuber diskutierten Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik über aktuelle Herausforderungen.

Zur Eröffnung unterstrich der scheidende VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann die zentrale Bedeutung der modernen Landwirtschaft für den weltweiten Wohlstand. Sie habe eine Schlüsselfunktion – insbesondere im Bereich Ernährung. Ihre Aufgabe sei aber auch der Erhalt der Artenvielfalt und Biodiversität. Deshalb sei es dem VCI ein Anliegen, eine Plattform für den offenen Austausch zu bieten.

Prof. Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung stellte zunächst die zentralen Ergebnisse einer globalen Studie des Weltbiodiversitätsrates der Vereinten Nationen zum Zustand der Biodiversität und der Ökosystemleistungen vor. Sie mache deutlich, dass die Ökosysteme über weite Strecken verändert oder gar zerstört werden. Dieser Trend sei beunruhigend, so Settele. Nachhaltigkeitsziele müssten mit mutigen und raschen Entscheidungen angegangen werden.

Dies forderte auch Christoph Heinrich vom WWF Deutschland. Dabei präge die Landwirtschaft das Bild unseres Landes. Die Art, wie Felder und Wiesen bewirtschaftet werden, könne niemandem egal sein. Sie beeinflusse die Lebensqualität und habe entscheidenden Einfluss auf die Artenvielfalt. Über staatliche Zuschüsse investiere die Gesellschaft viel in die Landwirtschaft. Es sei ausreichend Geld im System, um eine Bewirtschaftung zu entwickeln, die zugleich den Interessen von Bauern, Natur und Verbrauchern diene.

LANDWIRTSCHAFT UND BIODIVERSITÄT

Helmut Schramm vom Industrieverband Agrar (IVA) erklärte, dass allein durch einen Verzicht auf chemischen

Pflanzenschutz der Rückgang der Insektenpopulation nicht aufgehalten werden könne. Er sprach sich für mehr amtliche Beratung und Fördermittel aus. Zudem könnten Innovationen im Bereich Pflanzenschutz, Pflanzenzüchtung und Digitalisierung einen erheblichen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und Biodiversität leisten. Die frisch veröffentlichte „Perspektive Pflanzenbau: 15-mal mehr Nachhaltigkeit“ des IVA zeige, dass produktive Landwirtschaft und der Schutz der Biodiversität miteinander vereinbar sind.

Dieser Einschätzung folgte auch Udo Hemmerling vom Deutschen Bauernverband. Der Erhalt der Artenvielfalt sei für die Landwirtschaft von hoher Relevanz. Gleichzeitig müsse die ökonomische Perspektive betrachtet werden. Schließlich müssen Landwirte, die Biodiversität fördern, auch wirtschaftlich handeln. Hemmerling betonte, wie wichtig eine „vernünftige Ausrichtung der grünen Architektur“ in der Agrarpolitik ist.

Trotz bisweilen auseinandergehender Positionen waren sich alle Teilnehmer einig, dass der Dialog fortgeführt werden müsse. Die Problemlösung sei letztlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Michael Henning (Henning@berlin.vci.de)



Biodiversität und Artenvielfalt sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, aber speziell für die Landwirtschaft von besonderer Relevanz.



Impulsvortrag von Prof. Josef Settele: Die weltweite Veränderung und Zerstörung von Ökosystemen sei beunruhigend.

Bundesumweltministerium und VCI verlängern Kooperation

Messmethoden für Chemikalien im Körper

Das Bundesumweltministerium (BMU) und der VCI arbeiten seit 2010 an der Weiterentwicklung des sogenannten Human-Biomonitorings. Dabei geht es um die Entwicklung neuer Methoden, mit denen Chemikalien im menschlichen Körper nachgewiesen und gemessen werden können. Die Kooperation ist nun bis 2025 verlängert worden.

Das BMU und der Chemieverband wollen für bis zu 50 Chemikalien, die etwa über Lebensmittel, Luft, Kosmetika oder Gebrauchsgegenstände aufgenommen werden können, erstmals Messmethoden entwickeln. Damit soll anschließend die Belastung des menschlichen Organismus mit diesen Stoffen verlässlich gemessen werden. Aufgrund der Komplexität der Aufgabe ist eine Fertigstellung der Methoden nicht, wie zunächst geplant, bis Ende 2020 möglich. Einer Verlängerung der gelungenen Kooperation haben daher beide Seiten zugestimmt.

VIER NEUE STOFFE IM FOKUS

Mit Unterstützung eines hochrangig besetzten Expertenkreises aus Forschung, Industrie und einschlägigen Fachbehörden sind auch dieses Jahr relevante Stoffe ausgewählt worden, für die mit der Methodenentwicklung begonnen wird. Es handelt sich um die bioziden Wirkstoffe Piperonylbutoxid (PBO), 5-Chlor-2-(4-chlorphenoxy)phenol (Diclosan) sowie Fipronil, außerdem 2,4-Di-tert-butylphenol (2,4-DTBP), welches ein Abbauprodukt eines häufig verwendeten Zusatzstoffes für Kunststoffmaterialien mit Lebensmittelkontakt ist. 2020 werden nochmals drei weitere Stoffe ausgewählt. Dann ist die geplante Zielgröße von 50 erreicht.

PROJEKT SCHREITET VORAN

Für 22 Stoffe ist die Methodenentwicklung bereits abgeschlossen. Die analytischen Methoden wurden und werden in anerkannten internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht, damit sie weltweit verfügbar und nutzbar sind. An 21 weiteren Stoffen wird derzeit



Beim Human-Biomonitoring geht es um die Entwicklung von Methoden, mit denen Chemikalien im menschlichen Körper nachgewiesen und gemessen werden können. Bundesumweltministerium und VCI kooperieren auf diesem Gebiet seit 2010.

gearbeitet. Für vier ausgewählte Stoffe konnte die Methodenentwicklung aufgrund von analytischen Schwierigkeiten nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Fokus der Zusammenarbeit von BMU und VCI stehen Stoffe, für die es bisher keine geeignete Messmethode gibt, denen die Bevölkerung aber potenziell vermehrt ausgesetzt ist oder die eine besondere Gesundheitsrelevanz haben können. Eine verlässliche Messung der im Körper nachweisbaren Menge ist eine wesentliche Voraussetzung, um beurteilen zu können, ob eine gesundheitlich relevante Belastung vorliegt.

Für die Entwicklung der Nachweismethoden hat der VCI die Verantwortung übernommen. Für die Anwendung der Methoden liegt die Verantwortung beim BMU, das hier eng mit dem Umweltbundesamt (UBA) zusammenarbeitet. Geeignete Untersuchungen finden etwa im Rahmen der Deutschen Umweltstudien zur Gesundheit (GerES)

und in der Umweltprobenbank des Bundes (UPB) statt.

Die mit dem BMU-VCI-Projekt erzielten Fortschritte haben dazu beigetragen, dass Deutschland auch die Koordinierung eines EU-weiten Programms zum Human-Biomonitoring übertragen wurde. Dieses Programm trägt die Kurzbezeichnung HBM4EU. Im Zeitraum 2017 bis 2021 stellt die EU-Kommission 50 Millionen Euro zur Verfügung, um die Human-Biomonitoring-Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten und einiger assoziierter Staaten zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Das UBA koordiniert und steuert sehr erfolgreich dieses komplexe Vorhaben und bringt dabei auch die Ergebnisse aus der Kooperation von BMU und VCI mit ein. [Ulrike Zimmer \(zimmer@vci.de\)](mailto:zimmer@vci.de)

Titandioxid als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft

Folgenschwere Entscheidung

Anfang Oktober hat die Europäische Kommission eine folgenschwere Entscheidung für die Industrie getroffen: Die Brüsseler Behörde schlägt vor, das Weißpigment Titandioxid als „potenziell krebserregend durch Einatmen“ einzustufen, obwohl sich eine Mehrheit der EU-Staaten dagegen ausgesprochen hat.

Die Europäische Kommission hat am 4. Oktober entschieden, Titandioxid in Pulverform als einen Stoff „mit Verdacht auf krebserzeugende Wirkung beim Menschen“ (Karzinogen der Kategorie 2) einzustufen. Der VCI hatte an die Brüsseler Behörde appelliert, sich dem Vorschlag Deutschlands anzuschließen, Titandioxid über einen allgemeinen Staubgrenzwert im Rahmen des Arbeitsschutzes zu behandeln. „Es wäre sinnvoller gewesen, die EU-Kommission hätte im Sinne des Binnenmarktes einen europaeinheitlichen Arbeitsplatzgrenzwert für schwer lösliche Stäube festgelegt, statt einen wissenschaftlich nicht fundierten Präzedenzfall zu schaffen“, hatte Gerd Romanowski, VCI-Geschäftsführer Technik und Umwelt, den Vorschlag der Branche begründet. Nach Auffassung des VCI handelt es sich nicht um eine stoffspezifische Wirkung des Weißpigments, sondern um eine allgemeine Wirkung von Stäuben auf die Lunge.

VERBRAUCHER WERDEN VERUNSICHERT

Aus toxikologischer Sicht sei eine Einstufung weder sinnvoll noch verhältnismäßig, so der VCI. Es gebe keinen Anlass, den Umgang mit diesem Weißpigment in Verbraucherprodukten zu ändern. „Eine Einstufung führt vielmehr zu einer erheblichen Verunsicherung der Verbraucher. Dabei wird Titandioxid seit Jahrzehnten sicher verwendet und gehört zu den am besten untersuchten Stoffen“, sagt Romanowski. Auch Heike Liewald, Geschäftsführerin des Verbands der Mineralfarbenindustrie, kritisiert die Entscheidung: „Sie wird keinen positiven Effekt im Gesundheits- oder Umweltschutz haben.“

Eine Klassifizierung wird auch erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Industriebranchen nach sich ziehen und weitreichende Folgen haben: Denn diese Einstufung soll auch für pulverförmige Gemische gelten, deren Partikel Titandioxid enthalten. Außerdem sollen flüssige Gemische, beispielsweise Lacke, Farben und Druckfarben, auf ihrer Verpackung einen Warnhinweis bezüglich Sprüh-Anwendungen enthalten, selbst wenn sie nicht für Sprühanwendungen geeignet sind. Die deutschen Farben-, Lack- und Druckfarbenhersteller sind davon überzeugt, dass Titandioxid in ihren Produkten sicher ist. „Die Branche wird sich daher weiter dafür einsetzen, dass das Weißpigment unter Berücksichtigung des gesetzlichen Gesundheits- und Arbeitsschutzes nicht als Gefahrstoff eingestuft wird“, sagt Martin Engelmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenhersteller. Die Branche hat angekündigt, die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidung prüfen zu lassen.

Und wie geht es jetzt in Brüssel weiter? Sollten weder der Rat noch das Europäische Parlament innerhalb von zwei Monaten Einspruch gegen die Entscheidung einlegen, würde sie 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Rechtlich verbindlich würden Einstufung und Warnhinweise nach Ablauf einer Übergangsphase von 18 Monaten, das heißt voraussichtlich ab Sommer 2021. **mvz**

Die Europäische Kommission hat trotz erheblicher Kritik die Einstufung des Weißpigments Titandioxid als „möglicherweise krebserregend durch Einatmen“ vorgeschlagen.

Neue Leitlinie ergänzt EU-Verordnung

Ähnliche Biozidprodukte gemeinsam zulassen

Die EU-Kommission hat im Sommer eine neue Leitlinie für die Zulassung von Produktfamilien im Bereich Biozide verabschiedet. Damit soll die gemeinsame Zulassung ähnlicher Biozidprodukte klarer beschrieben werden.

Laut Biozidprodukte-Verordnung (BPR) der EU können in einem Antrag mehrere Biozidprodukte als Produktfamilie erfasst und zugelassen werden. Voraussetzung für die Bildung einer solchen Familie ist, dass die einzelnen Produkte für den gleichen Verwendungszweck zugelassen werden sollen und dieselben Wirkstoffe enthalten. Außerdem müssen Zusammensetzung, Risikopotenzial und Wirksamkeit ähnlich sein.

Die neue Leitlinie „Implementing the concept of biocidal product family“ soll die Umsetzung des Familienkonzeptes unterstützen, indem sie die unpräzisen Bestimmungen der BPR genauer definiert. Die Regeln zur Bildung von Produktfamilien werden neu beschrieben und stecken einen klaren Rahmen ab. Unter Umständen kann hier-

durch jedoch auch eine Überarbeitung bestehender Familienkonzepte und der zugrunde liegenden Zulassungsstrategien erforderlich werden.

GLEICHER VERWENDUNGSZWECK?

Insbesondere die Definition des „gleichen Verwendungszwecks“ ist von großer Bedeutung. Dieses Thema war in der Vergangenheit besonders häufig Diskussionsgegenstand zwischen Antragstellern und Behörden. Die Leitlinie enthält außerdem einen Entscheidungsbaum zur „Ähnlichkeit“ sowie verschiedene Beispiele, die die Vorgehensweise bei der Bildung von Biozidproduktfamilien veranschaulichen.

Der VCI hatte während der Arbeit an der Leitlinie davor gewarnt, das Produktfamilienkonzept durch eine zu strenge Begrenzung auszuhebeln. Nur eine Umsetzung, die der Praxis bei den Unternehmen gerecht wird, kann gewährleisten, dass auch Nischenprodukte weiterhin auf dem Markt bereitgestellt werden können.

Der Verband hatte verbindliche „Pre-submission-Meetings“ zwischen

Antragstellern und Behörden vorgeschlagen, um durch klare Absprachen bezüglich der Familienstruktur die Planungssicherheit für Unternehmen zu verbessern. Der VCI weist außerdem darauf hin, dass leichtere Änderungen bestehender Zulassungen zu einer Reduzierung der Familiengrößen führen können. Bisher sind Änderungen an einer bestehenden Rezeptur meist langwierig und mit hohen Gebühren verbunden. Eine praxistaugliche Anwendung der Verordnung zur Änderung von zugelassenen Biozidprodukten (Verordnung (EU) Nr. 354/2013) wäre daher dringend erforderlich.

Evelyn Roßkamp (rosskamp@vci.de)

Service:

Download der Leitlinie der EU-Kommission im Word-Format unter:
<http://bit.ly/Biocidal-Product-Family>

Die VCI-Position finden Sie hier:
<http://bit.ly/Biozidproduktfamilien>



Die Biozidprodukte-Verordnung enthält die Möglichkeit, mehrere Biozidprodukte in einem Antrag als „Familie“ zu erfassen. Beispiele hierfür sind etwa Produkte mit unterschiedlichen Farbtönen.

Workshop-Reihe zu den UN-Nachhaltigkeitszielen

Nachhaltigkeit in die Tat umsetzen

Die Symbole der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen werden immer präsenter. Unternehmen sollen einen aktiven Beitrag zur Erreichung der Ziele leisten. Aus diesem Grund hat die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ eine Workshop-Reihe zu dem Thema gestartet.

Wie können Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie den Erwartungen begegnen, die sich aus den UN-Nachhaltigkeitszielen ergeben? Antworten auf diese Frage möchte Chemie³ in der Workshop-Reihe „SDGs und die chemische Industrie“ gemeinsam mit Unternehmensvertretern erarbeiten.

Die Reihe folgt einem Ansatz, der sich an der Global Reporting Initiative (GRI) des UN Global Compact und des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) orientiert. Dieser besteht aus fünf Stufen: 1.) Die SDGs und ihre Relevanz für die chemische Industrie verstehen; 2.) Relevanz der SDGs für das Unternehmen bestimmen, Handlungsbedarf und Potenziale identifizieren; 3.) Die SDGs in Unternehmens- / Nachhaltigkeitsstrategie integrieren; 4.) Die SDGs operationalisieren, Prozesse und Produkte weiterentwickeln;

Anmeldungen zur Workshop-Reihe

Die nächsten Workshops finden am 20. November 2019 und 23. Januar 2020 statt. Die Plätze sind begrenzt. Interessierte können sich hier anmelden: <http://bit.ly/SDG-Workshop2> Als Einführung in die UN-Nachhaltigkeitsziele können Sie die Aufzeichnung eines Chemie³-Webinars downloaden unter: www.chemiehoch3.de/SDG-Webinar1



5.) Fortschritte transparent kommunizieren.

Der erste Workshop fand am 20. September 2019 in Frankfurt statt. 50 Teilnehmer diskutierten hier, wie sich die Stufen 1 und 2 am besten im Unternehmen angehen lassen. Die Reihe wird im Winter 2019/20 fortgesetzt (siehe Kasten).

GLOBALER RAHMEN

Im September 2015 hatten die Vereinten Nationen ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) verabschiedet. Entlang des Dreiklangs von ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung bilden die 17 Ziele und 169 Unterziele seitdem für alle Unterzeichnerstaaten die Basis, um Nachhaltigkeit in ihren Ländern voranzutreiben. Die SDGs adressieren globale Themen wie die Beseitigung von (extremer) Armut und

Hunger, Gesundheit für alle Menschen, Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen, den Schutz der Umwelt oder die Bekämpfung des Klimawandels.

In den Unterzielen 3.9, 6.3 und 12.4 finden sich Formulierungen, die den Umgang mit Chemieprodukten thematisieren: So sollen die Freisetzung von Chemikalien in Luft, Wasser und Boden verringert und Auswirkungen von Chemikalien auf die menschliche Gesundheit minimiert werden.

In Deutschland sind die SDGs 2016 in die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eingeflossen. In den zwölf „Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die chemische Industrie in Deutschland“ von Chemie³ aus dem Jahr 2013 sind wichtige Anforderungen der SDGs bereits angelegt.

Anne Dorweiler (dorweiler@vci.de)

Die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen



Menschenrechtsfragen in der Lieferkette

Was Unternehmen tun können und müssen



Die Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann (CDU/CSU) und Frank Schwabe (SPD) im Gespräch über Menschenrechte mit Anina Dalbert (Public Eye), Prof. Remo Klinger (Hochschule für nachhaltige Entwicklung) und Thomas Hartmann (BASF SE).

In vielen Ländern ziehen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Beachtung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten an. Vor diesem Hintergrund hatte der VCI Mitte September rund 100 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nach Berlin eingeladen. Thema der Veranstaltung: „Verrechtlichung der CSR – Menschenrechte in der Lieferkette“.

Einigkeit herrschte unter den Teilnehmern mit Michael Windfuhr, dem stellvertretenden Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Er hob die Bedeutung des Themas und den hohen Verantwortungsgrad der Unternehmen mit komplexen Lieferketten hervor. Unterschiedlich wurde dagegen die Frage bewertet, wie die Wahrung der Menschenrechte in der Lieferkette besser sichergestellt werden kann: mit neuen gesetzlichen Pflichten oder einem „soft-law“-Ansatz.

Für Rechtsanwältin Birgit Spießhofer, Dentons Europe LLP, stellt hartes Recht verbunden mit einem Compliance-Ansatz nicht immer die beste Lösung dar. Unternehmen sollten vielmehr dazu beitragen, einen „smart mix“ aus hartem Recht, weichem Recht, ökonomischen Anreizen und praktischer Arbeit

bestmöglich zu implementieren. Auch Elisabeth Gamberth von der Association française des entreprises privées (afep) sah als Stimme der französischen Großunternehmen gesetzliche Regelungen kritisch. Das französische „Duty-of-Care-Gesetz“ habe hohe bürokratische Lasten für die Unternehmen gebracht, ohne die Situation der Menschen in den betroffenen Ländern spürbar zu verbessern.

DEUTSCHES GESETZ BENÖTIGT?

Ganz anderer Auffassung war in der von Berthold Welling (VCI) moderierten Podiumsdiskussion Prof. Remo Klinger von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde. Er sah den „soft-law“-Ansatz für gescheitert an, weil 20 Prozent der Unternehmen keine Mechanismen zur Wahrung von Menschenrechten implementiert hätten. Es bedürfe daher einer gesetzlichen Regelung im deutschen Recht.

Damit hatte er die Politik an seiner Seite. Auch der Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe (SPD) sah die Notwendigkeit einer nationalen Regelung. Allerdings betonte er, dass es Übergangsregeln bedürfe, um den Unternehmen eine ausreichende Vorbereitung zu ermöglichen. Außerdem müsse sehr sorgfältig geprüft werden, welche

Haftungstatbestände gelten sollten. Der Abgeordnete Thomas Heilmann (CDU/CSU) präferierte dagegen einen europäischen, besser noch internationalen Regelungsansatz. Wichtig war ihm, dass die überwiegende Zahl der Unternehmen, die bereits freiwillige Maßnahmen ergriffen haben, nicht bestraft werden.

BASF-Chief-Compliance-Officer Thomas Hartmann vertrat die Ansicht, dass die Steuerungswirkung von „soft-law“ unterschätzt werde. Aufgrund der Komplexität des Themas bedürfe es intelligenter Lösungen im Sinne des „smart mix“. Dies gebiete auch die unternehmerische Verantwortung. Wie es in der Praxis realisiert werden kann, zeigte Thorsten Pinkepank, Director Sustainability Relations bei BASF, in seinem Vortrag.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch den Beitrag von Anina Dalbert von Public Eye aus der Schweiz. Sie stellte die Schweizer Volksinitiative für „verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt“ vor. Diese setzt sich für eine gesetzliche Regelung zum Schutz der Menschenrechte in der Schweiz ein und hat hierfür einen Regelungsvorschlag ausgearbeitet. [Marcel Kouskoutis \(kouskoutis@vci.de\)](mailto:kouskoutis@vci.de)

Sustainable Finance

Nachhaltiges Finanzwesen auf der Zielgeraden

Nach langer Diskussion nimmt die Sustainable-Finance-Strategie der EU-Kommission nun konkrete Formen an. Auf dem Weg, Umwelt- und Klimaschutzziele zu erreichen, setzt die Behörde auf das Vehikel der nachhaltigen Finanzierung.

Durch Marktanreize soll der Kapitalmarkt künftig motiviert werden, verstärkt in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu investieren. In einem ersten Schritt werden hierzu lediglich Umwelt- und Klimaschutzziele als nachhaltig aufgeführt, weitere Nachhaltigkeitsaspekte, wie soziale Ziele, sollen erst später mit einbezogen werden.

AKTIVITÄTEN VON VCI UND CEFIC

Mit dem ersten Aufschlag des Legislativpakets der EU-Kommission hat der VCI einen branchenübergreifenden Dialog mit zahlreichen Stakeholdern initiiert. In Workshops haben Mitglieder des Nachhaltigkeitsboards, des Finanzausschusses und des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses mit Vertretern aus Finanzwirtschaft, Kapitalmarkt und Wirtschaftsprüfung das facettenreiche Thema erörtert, um die Chancen und Risiken für die VCI-Mitgliedsunternehmen herauszuarbeiten. Im Ergebnis

ist es gelungen, Cefic-Aktivitäten zu forcieren und auf den letzten Metern des parlamentarischen Verfahrens in Brüssel ein sogenanntes Brown-Listing zu verhindern. Hierdurch wurde erreicht, dass insbesondere energieintensive Unternehmen per se nicht aus der nachhaltigen Finanzierung ausgeschlossen werden dürfen. Vielmehr werden allgemeine Nachhaltigkeitsanforderungen definiert, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als nachhaltig umweltfreundlich gelten sollen. Einen Entwurf hat die hierzu eingesetzte Expertengruppe nunmehr vorgelegt.

Auch im politischen Berlin hat das Thema der nachhaltigen Finanzierung an Bedeutung gewonnen. Mit dem Beirat Sustainable Finance hat die Bundesregierung die europäische Initiative aufgegriffen und auch auf die eigene politische Agenda gesetzt. Der vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklungen angekündigte Beirat Sustainable Finance hat im Sommer seine Arbeit aufgenommen. Er soll die Bundesregierung bei der Ausarbeitung ihrer Sustainable-Finance-Strategie unterstützen und bestehende Expertise bündeln. Mit dem Vorsitzenden des VCI-Nachhaltigkeitsboards, Stefan Haver, ist auch die Chemieindustrie im Kreis der

Beiratsmitglieder repräsentiert. Erste Ergebnisse sollen diesen Herbst vorgestellt werden.

AMBITIONIERTER ZEITPLAN

Geht es nach der finnischen Ratspräsidentschaft, soll das laufende Gesetzgebungsverfahren auf Brüsseler Ebene noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, steht eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen im Rahmen des Trilogverfahrens an. Ein kurzfristiger Verfahrensabschluss würde jedoch erfordern, dass die konkrete Ausgestaltung durch delegierte Rechtsakte erfolgt.

Für die chemisch-pharmazeutische Industrie steht im Vordergrund, dass die erreichten Eingrenzungen, insbesondere die Absage an das Brown-Listing sowie die Berücksichtigung eines Wertschöpfungskettenansatzes, Berücksichtigung finden. [Berthold Welling \(welling@vci.de\)](mailto:berthold.welling@vci.de)

Save the Date:

Zur aktuellen Entwicklung beim Thema Sustainable Finance gibt es am 14. November 2019 ein Chemie³-Webinar mit Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Sustainable Finance: Durch Anreize soll der Kapitalmarkt motiviert werden, künftig verstärkt in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu investieren.



Mittelstandsstrategie des Bundeswirtschaftsministeriums

Guter Ansatz für Mittelstandspolitik

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat die Mittelstandsstrategie begrüßt, die Bundeswirtschaftsminister Altmaier Anfang Oktober 2019 vorgestellt hat. Nun kommt es auf die zügige Umsetzung der Vorschläge an.

Aus Sicht der chemisch-pharmazeutischen Industrie setzt die Mittelstandsstrategie des Bundeswirtschaftsministers wichtige Schwerpunkte, um mittelständische Unternehmen zu fördern und zu stärken. Henrik Follmann, Vorsitzender des Ausschusses Selbständiger Unternehmer und Schatzmeister des VCI, sagte: „Die Strategie ist ein guter Ansatz für eine zukunftsfähige Mittelstandspolitik. Deutschland ist als Industriestandort international zurückgefallen. Wenn die Maßnahmen umgesetzt werden, können wir wieder Boden gutmachen.“

Für mittelständisch geprägte Chemiefirmen sind unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland von zentraler Bedeutung. Der Grund dafür ist, dass Mittelständler ebenso wie Großunternehmen im internationalen Wettbewerb stehen, aber stark in ihrer jeweiligen Region verwurzelt sind. Für den VCI ist es daher erfreulich, dass die Mittelstandsstrategie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Unternehmen sichern soll und eine Reform der Unternehmenssteuer ankündigt. Außerdem sollen



Bundeswirtschaftsminister Altmaier möchte mittelständische Unternehmen fördern und entlasten. Auf erste Eckpunkte von Ende August folgte Anfang Oktober die Langfassung seiner Mittelstandsstrategie.

neben weiteren Vorschlägen die digitale Infrastruktur verbessert, leistungsfähige Verkehrswege erhalten und der Fachkräftenachwuchs gesichert werden. Zu diesen Themen stehen konkrete Maßnahmen in der Mittelstandsstrategie des Bundeswirtschaftsministers.

BÜROKRATIEABBAU FORTSETZEN

Das kürzlich vorgelegte Bürokratien-entlastungsgesetz III ist aber aus Sicht des VCI weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und muss dringend nachgebessert werden. „Bürokratische

Pflichten belasten den Mittelstand übermäßig stark, weil personelle Ressourcen knapp sind. Bürokratie bindet Arbeitskraft und Kapital, das an anderer Stelle im Unternehmen sinnvoll und produktiv eingesetzt werden könnte“, betont Follmann. *cla*

Service:

Die Mittelstandsstrategie gibt es beim Wirtschaftsministerium zum Download: <http://bit.ly/BMWi-Mittelstandsstrategie>

„Chemie 4.0“: Aktualisierung des VCI-Readiness-Checks

Wie gut ist Ihr Unternehmen auf die digitale Transformation und die zirkuläre Wirtschaft vorbereitet? Wird der Wandel in der Unternehmensstrategie ausreichend berücksichtigt? Sind die Mitarbeiter für die neuen Herausforderungen gewappnet?

Der VCI unterstützt seine Mitglieder bei der Beantwortung dieser Fragen. Ab 1. November steht dafür die neue Version des „Readiness-Checks Chemie 4.0“ zur Verfügung. Das Excel-Tool wurde um den Themenbereich „Arbeiten 4.0“ erweitert und hilft mit 140 Fragen bei einer ersten Selbsteinschätzung. Die neue Version des Readiness-Checks hat der VCI zusammen mit dem BAVC entwickelt und ist zu finden unter: <https://bit.ly/vci-readiness-check>

Neuer VCI-Politikbrief „EU 2024“ erschienen



Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie bekennt sich zu einer starken Europäischen Union. In einem neuen Politikbrief zeigt der VCI, welche Beiträge die Branche für die Zukunftsfähigkeit Europas und zur Lösung der zentralen Herausforderungen leisten kann. Zudem werden konkrete Empfehlungen gegeben, wie die Potenziale einer starken Staatengemeinschaft in

der Legislaturperiode bis 2024 optimal ausgenutzt werden können. Download dieses und aller bisher erschienenen Politikbriefe unter: www.vci.de/politikbrief

Artikelserie Bürokratieabbau



In den letzten Jahren haben sich langsame und bürokratische Genehmigungsverfahren zu einer immer größeren Herausforderung für den Industriestandort Deutschland entwickelt.

Mehr als 50.000 genehmigungsbedürftige und mehrere 100.000 nicht genehmigungsbedürftige Industrieanlagen gibt es hierzulande. Die Behörden und Betreiber müssen allein nach Bundes-Immissionsschutzgesetz rund 1.500 Genehmigungsverfahren pro Jahr bewältigen. Besonders viele werden von kleinen und mittelständischen Unternehmen eingereicht.

Teil 7: Genehmigungen für Industrieanlagen

Schnellere Verfahren dringend erforderlich

Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich die Verfahrensdauer fast verdoppelt. Umweltrechtliche Anforderungen sind – sowohl von der Anzahl als auch vom Inhalt – kaum noch zu überblicken. Dadurch haben sich die Verfahren zu einem massiven Investitionshemmnis für Industrieanlagen entwickelt. Zwischen der betrieblichen Realität und dem Anspruch der Bundesregierung, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, klafft ein himmelweiter Unterschied. Aus Sicht der Industrie müssen diese Verfahren künftig so gestaltet werden, dass sie von Unternehmen weitgehend ohne anwaltliche oder gutachterliche Unterstützung beantragt werden können.

AUSTAUSCH ZWISCHEN INDUSTRIE, BEHÖRDEN UND POLITIK NOTWENDIG

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) veröffentlichte jüngst mit einem Positionspapier eine Diskussionsgrundlage, die zu einer gemeinsamen Problemlösung führen soll. An erster Stelle wird hier der fehlende Einfluss der Bundesregierung auf die Entwicklung des europäischen Umweltrechts genannt. Es ist dringend not-

wendig, dass neben dem Bundesumweltministerium weitere Ressorts bei der Erarbeitung neuer Vorgaben die Belange der Wirtschaft aktiv einbringen.

Der BDI thematisiert auch, dass bestehende Spielräume zur Vereinfachung der Verfahren (zum Beispiel maßvoller Umgang mit Gutachten) in der Praxis auch wirklich angewendet werden müssen. In Ermangelung von Definitionen für unbestimmte Rechtsbegriffe entscheiden Behörden oft strenger als eigentlich erforderlich, zum Nachteil der Unternehmen. Nachholbedarf besteht auch bei der Personalausstattung und der Sachkompetenz in den Behörden. Zu diskutieren wären auch Vereinfachungen der verwaltungsgerichtlichen Verfahren bei Genehmigungsprozessen.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie könnte mit neuen Anlagen und Technologien erheblich zur Lösung der Zukunftsherausforderungen zirkuläre Wirtschaft, Treibhausgasneutralität und Wandel der Energieversorgung beitragen. Schnellere und weniger komplizierte Genehmigungsverfahren wären dabei besonders wichtig.

Angelika Becker (becker@vci.de); udj

DAS MÜSSEN BETREIBER VON INDUSTRIEANLAGEN BEACHTEN

Auswahl relevanter Rechtsgebiete



Für die chemisch-pharmazeutische Industrie gibt es zahlreiche Herausforderungen für Betrieb und Genehmigung ihrer Anlagen: Rechts- und Planungssicherheit fehlen oft, Behörden „flüchten“ sich in Gutachten, und Erweiterungsinteressen werden infrage gestellt. Quelle: VCI Nord

KURZNACHRICHTEN

Finanzierungsklima trotz Konjunkturabkühlung auf Allzeithoch

Die Finanzierungssituation deutscher Unternehmen ist weiterhin positiv. Die Betriebe verfügen über eine hohe Innenfinanzierungskraft und treffen auf ein niedriges Zinsniveau bei Krediten sowie gelockerte Kreditrichtlinien der deutschen Banken. Zu diesem Ergebnis ist die KfW bei ihrer diesjährigen Unternehmensbefragung gekommen, die sie gemeinsam mit Spitzenverbänden sowie Fach- und Regionalverbänden der deutschen Wirtschaft durchgeführt hat. Demnach beträgt der Anteil von Unternehmen, die Schwierigkeiten beim Kreditzugang haben, derzeit 8,9 Prozent. Seit 2012 ist dieser Wert um rund ein Drittel gesunken. Demgegenüber geben 60,6 Prozent der Unternehmen an, dass der Kreditzugang „leicht“ sei.

Entgegen dem Trend zur Digitalisierung erwarten Unternehmen von ihren Banken laut der Erhebung vor allem persönliche Ansprechpartner vor Ort (86,2 Prozent) und deren Kontinuität (76,3 Prozent). Viele Betriebe erwarten aber auch Online-Informationen zu Bankprodukten und die Abwicklung von Bankgeschäften via Internet. ▲

Meldung an Giftinformationszentren – Aktualisiertes CLP-Infoblatt liegt vor

Der VCI hat sein Infoblatt zur CLP-Verordnung auf den neuesten Stand gebracht. Mit der Verordnung wurden die von den Vereinten Nationen entwickelten Empfehlungen für ein weltweit einheitliches System zum sicheren Umgang mit Gefahrstoffen und deren Transport (Stichwort: Globally Harmonized System of Classification and Labelling of Chemicals, GHS) in das europäische Recht übernommen. CLP steht für Classification, Labelling and Packaging, also die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von chemischen Stoffen und Gemischen.

Inhaltlich wurde im Wesentlichen das Kapitel „Meldung an die Giftinformationszentren“ überarbeitet. Im Juli 2019 veröffentlichte die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Änderung der CLP-Verordnung, der die Verschiebung der ersten Anwendungsfrist für Gemische zur Verwendung durch Verbraucher vom 1. Januar 2020 auf den 1. Januar 2021 vorsieht. Der Vorschlag befindet sich derzeit im Abstimmungsprozess. Mit einer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU ist im Dezember 2019 zu rechnen.

Service: Direkt-Download des Infoblatts (Stand: August 2019) von der VCI-Service-Plattform „REACH und CLP“ (Mitglieder-Log-in erforderlich): <http://bit.ly/VCI-Infoblatt-CLP>

Compliance im Mittelstand**Unternehmensstrafrecht ante portas****Artikelserie Teil 38:****Hohe Strafen geplant**

Das Bundesjustizministerium hat Mitte August seine Pläne für ein Unternehmensstrafrecht vorgestellt. Die Verbände VCI und „Die Familienunternehmer“ kontern mit ausgewogenen Gegenvorschlägen.

Der lange erwartete Vorschlag von Justizministerin Lambrecht (SPD) sieht ein neues Gesetz zur Ahndung von Unternehmenskriminalität vor. Es soll neben das Strafgesetzbuch und das Ordnungswidrigkeitengesetz treten. Vom Entwurf erfasst werden

sämtliche juristischen Personen, einschließlich Vereine, unabhängig von ihrer Größe und Professionalität. Auslöser muss eine Straftat sein, durch die eine Unternehmenspflicht verletzt wurde oder durch die der Verband bereichert worden ist. Straftaten von Leitungspersonen wie beispielsweise Vorständen oder GmbH-Geschäftsführern muss sich das Unternehmen – wie schon bisher – zurechnen lassen. Darüber hinaus würden auch Straftaten von Beschäftigten und weisungsgebundenen Dritten eine Verbandssanktion auslösen, wenn sich die Tat durch eine ordentliche Organisation hätte verhindern oder zumindest wesentlich erschweren lassen.

Die Unternehmenssanktionen werden in dem Entwurf deutlich verschärft: War bislang das Höchstmaß auf 10 Millionen Euro gedeckelt, sind nun bei großen Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 100 Millionen Euro Geldstrafen von bis zu 10 Prozent des Jahresumsatzes möglich. Darin nicht enthalten ist die Abschöpfung rechtswidriger Gewinne. Neu ist auch die Geltung des sogenannten Legalitätsprinzips. Demnach wären die Verfolgungsbehörden künftig gezwungen, bei Anhaltspunkten ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, sofern keine gesetzlichen Einstellungsmöglichkeiten greifen. Käme es zu einer Verurteilung, würde das Unternehmen in einem neuen „Verbandssanktionenregister“ geführt. Bei einer großen Zahl von Geschädigten könnte die Verurteilung zusätzlich öffentlich bekanntgemacht werden.

Der VCI hatte sich schon früh für einen deutlich moderateren Ansatz starkgemacht, der Compliance-Bemühungen stärker berücksichtigt und die Verteidigungsrechte ausbalancierter ausgestaltet. In die gleiche Richtung zielt der „Münchner Entwurf“, den Professor Saliger (LMU München) jüngst auf Initiative des Verbands „Die Familienunternehmer“ vorgelegt hat. Danach sollen etwa kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und Umsatzgrößen von höchstens 10 Millionen Euro vom Unternehmenssanktionsgesetz ausgenommen sein. Der offizielle Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums wird für Anfang November 2019 erwartet. **Dr. Tobias Brouwer** (brouwer@vci.de), *cla*

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 10/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de, oder Telefax: +49 69 2556-1613.

chemie report online lesen

Der chemie report ist seit 1985 die Mitgliederzeitschrift des VCI. Seitdem erscheint das Heft in gedruckter Fassung. Es gibt aber seit einiger Zeit auch die Möglichkeit, das PDF des Magazins online zu lesen. Abonnenten dieser Version erhalten jeden Monat eine E-Mail, mit der sie auf den Link zur PDF-Fassung hingewiesen werden. Wenn Sie das Heft gerne auch oder ausschließlich auf diesem Weg lesen möchten, passen wir gerne Ihren Bezugsweg an. Schreiben Sie dafür bitte eine E-Mail an: chemiereport@vci.de



TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
30.10.2019	„Energiewende, ja – aber wie?“ – Symposium von GDCh, DECHEMA und VCI	Frankfurt am Main
07.11.2019	Infoveranstaltung „Neue Gefahrgutvorschriften 2020“	Frankfurt am Main
15.11.2019	Mitgliederversammlung der VCI-Fachvereinigung Chemiepark	Frankfurt am Main
21.11.2019	Mittelstandstag	Frankfurt am Main
28.11.2019	Große Informationsveranstaltung zu REACH und CLP	Frankfurt am Main
03.12.2019	Jahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 21.10.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr) **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Jenni Glaser (jgl), Jürgen Udwarl (udj), Torsten Kiesner (tk), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** industrieblick/Fotolia.com (1), VCI/Neumann (2 Mitte), Covestro (2 unten), Henkel (3), VCI/Darchinger (5), VCI/Kreth (6), Agentur Bildschön (7 links), VCI/Darchinger (7 rechts und 8), Hans F. Daniel (9), VCI/Döring (10 oben), VCI/Darchinger (10 unten), VCI/Darchinger (11), picture alliance/Bildagentur online (12), metamorworks/stock.adobe.com (13), ijeab/stock.adobe.com (14), WavebreakMediaMicro/stock.adobe.com (16), Erich Malter/Erlangen (17), Sasa Prudkov/shutterstock (18 unten links), Agentur Bildschön (18 unten rechts), vfa/Takeda Pharma (19), Hans F. Daniel (20), Pictures-news/stock.adobe.com (21), VCI/Kruppa (23), BillionPhotos/stock.adobe.com (24), dpa (25), Eisenhans/Fotolia.com (26), faber14/stock.adobe.com (26), fotogestoeber/stock.adobe.com (27), **Grafiken** DECHEMA/FutureCamp (4), Christiane Kellermann (14, 15), Susanna Koch (26)

Politische Top-Themen im VCI*

- Klimaschutzgesetzgebung
- Innovationsanreize für Chemie und Pharma
- Industriepolitik
- Agrar und Biodiversität
- Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit
- Digitalisierung

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf der VCI-Website unter diesem Link: <https://www.vci.de/top-themen>